

Internationale Unterstützung für koordinierte Medienarbeit

Medien im Wahlfieber

In Serbien, aber auch in Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und im Kosov@ wird in den nächsten Wochen und Monaten gewählt. Ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dabei wirklich eine Wahl zwischen vorhandenen politischen Optionen, Programmen und Parteien haben, ob sich nichtnationalistische Kräfte gleichberechtigt an die WählerInnen wenden können oder nicht, hängt ganz wesentlich von der professionellen Arbeit der Medien ab.

Während für die Lokalwahlen in Kroatien die Rahmenbedingungen gut sind und auch seitens unserer Medienpartnerin, der Nachrichtenagentur STINA, wichtige Arbeit geleistet wird (s.Seite 2), ist in Bosnien-Herzegowina und im Kosov@ kaum vorhersehbar, welche Resultate diese Wahlen bringen werden und ob damit wirklich ein Schritt Richtung Demokratie erfolgen kann (s.Seite 4). Im Vordergrund steht hier sicher die Frage nach einer demokratischen Nachkriegsordnung: Gelingt es den Gesellschaften, die ehemaligen Kriegsherren von der Macht zu verdrängen und demokratischen, pluralistisch orientierten Kräften zum Durchbruch zu verhelfen? In Mazedonien, seit dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien noch schärfer gespalten in seinen mazedonisch-slawischen und den albanischen Bevölkerungsteil, kam es beispielsweise schon in der Frage nach internationalen Wahlbeobachtern zum Konflikt.

In Serbien sind die Voraussetzungen klar: Eigentlich hat die Opposition gegen das Gespann an der Macht – Slobodan Milosevic (als Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien und der Sozialistischen Partei) und Ehefrau Mirjana Markovic (als Chefin der Jugoslawischen Linken JUL) – keine Chance. Den Repressionen und Manipulationen des Regimes ausgesetzt, zerfleischen sich die Oppositionsparteien weiterhin gegenseitig. Obwohl sich in der Vereinten Opposition DOS die meisten Parteien zusammengefunden haben, spielt Vuk Draskovic mit seiner Serbischen Erneuerungsbewegung SPO den Querulanten und droht, damit Milosevic den Wahlsieg sogar ohne Fälschungen frei Haus zu liefern. Aber auf Ebene der Zivilgesellschaft und vor allem der Medien erwächst Milosevic und seinen Juniorpartnern harter Widerstand. Der Kampf zwischen Regime und Gegenmacht wird mit harten Mitteln geführt (s. Seite 3).

Medien tragen eine grosse Verantwortung dafür, ob die Bevölkerungen sich über verschiedene Optionen, Programme und Personen ein klares Bild machen können oder nicht. Nur wo Pluralismus und Professionalität in der Medienberichterstattung besteht, haben demokratische Kräfte eine Chance zur Veränderung. Um dem Druck der Machthaber standhalten zu können, sind die lokalen Medien aber auf moralische und finanzielle Unterstützung angewiesen. Für Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien interessiert sich heute aber kaum mehr eine westliche Regierung. Nach dem Regierungswechsel in Kroatien schien das Problem erledigt. Dass Demokratisierung nicht über Nacht geschieht, sondern dass sie ein langwieriger und schwieriger Prozess ist, der nachhaltig begleitet werden muss, diese Lektion scheint noch nicht gelernt worden zu sein. Die Situation in Bosnien wirkt für viele so hoffnungs- und perspektivlos, dass man aufgibt. Mazedonien taucht erst langsam wieder auf der internationalen Agenda auf. Kosov@ steht dort ganz oben, aber die Konzeptlosigkeit und das organisierte Chaos der internationalen Politik drohen Demokratie eher zu verhindern denn zu befördern.

In Serbien allerdings ist sich die internationale Gemeinschaft der Verantwortung bewusst. Die wichtigsten Organisationen, die unabhängiges und professionelles Medienschaffen in der Region unterstützen – unter ihnen die Medienhilfe Ex-Jugoslawien –, koordinieren ihre Bestrebungen sehr eng mit den lokalen MedienpartnerInnen, um die Medien im Kampf um Demokratie zu stärken.

Roland Brunner, Medienhilfe Ex-Jugoslawien

Kroatien:

Starker Lokaljournalismus

STINA, die einzige unabhängige Nachrichtenagentur in Kroatien, gehört seit langem zu unseren PartnerInnen. Ihr Projekt für einen starken und professionellen Lokaljournalismus bereitet Kroatien auf die Wahlen vor. Ein Bericht auf

Seite 2

FRY / Serbien:

Wahlkampf um die Zukunft

Die Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien sind gekennzeichnet vom Kampf um den Machterhalt des Regimes. Mit allen Mitteln versucht dieses, Opposition und Medienschaffende auszuschalten.

Seite 3

Lokalwahlen im Kosov@:

Schwierige Gratwanderung

Die Lokalwahlen im Kosov@ Ende Oktober finden in einem Klima der Medienhetze statt. Absolute Medienfreiheit oder Schutz der Minderheiten? Keine leichte Aufgabe für die zuständige OSZE.

Seite 4

Lokaljournalismus als Schule der Demokratie

Ein Projektbericht für die erste Jahreshälfte 2000

Seit langem gehört STINA, die einzige unabhängige Nachrichtenagentur in Kroatien, zu den ProjektpartnerInnen der Medienhilfe Ex-Jugoslawien. In den letzten Monaten stand ein Projekt für einen starken Lokaljournalismus als Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaft im Vordergrund der Zusammenarbeit. Ein Zwischenstand der Projektarbeit von Nena Skopljanac.

Von Januar bis Juni 2000 konnte die Medienhilfe Ex-Jugoslawien 10'000 Franken an die Arbeit von STINA beitragen. STINA hat damit die Projektarbeit vorangetrieben. Per Inserat wurden junge JournalistInnen zur Mitarbeit gesucht. Aus den Bewerbungen wurden 20 Leute ausgesucht und zur Vorbereitung in einen Ausbildungskurs des kroatischen JournalistInnen-Verbandes geschickt. Danach wurde in 15 Städten Kroatiens die Arbeit aufgenommen, wobei die Ausbildung als "training on the job" berufsbegleitend weitergeführt wurde.

Lokale Vielfalt starker Themen

Zur Stärkung lokaler Demokratie wurden den Themen auf kommunaler Ebene besonderes Gewicht gegeben: Jugend-

Bosnien-Herzegowina

In Bosnien-Herzegowina stehen am 11. November allgemeine Wahlen an. Einen Verhaltenscode für die Medien während Wahlkampfzeiten hat die unabhängige Medienkommission der UN-Verwaltung schon im März 1999 in Kraft gesetzt und im Februar 2000 nochmals revidiert. Seit Ende letzten Jahres betreut die OSZE zudem eine *FreeMedia-Helpline*, an welche sich bedrängte JournalistInnen und Medien wenden können. Von November 1999 bis April 2000 verzeichnete diese 65 Übergriffe. Während der heissesten Phase des letzten Wahlkampfs verdoppelte sich die Zahl der gemeldeten Fälle gegenüber sonst. Auch für diesen Herbst ist eine ähnliche Entwicklung zu befürchten.

Unabhängige Berichterstattung ist bei den kommenden Wahlen besonders wichtig für die Zukunft Bosniens: Sollten erneut nationalistische Kräfte gewinnen, könnten die internationale Gemeinschaft und Geldgeber das Land als "hoffnungslosen Fall" einem düsteren Schicksal überlassen.

probleme, Menschen- und Minderheitenrechte, die Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen, Umweltschutz in den Gemeinden, das Funktionieren der lokalen Behörden und die Beziehungen zum Zentralstaat, Dezentralisierung, Korruption, Privatisierung, lokale Arbeitslosigkeit, Gesundheitsvorsorge usw. Die Sorgen der BürgerInnen und die Möglichkeiten lokaler Konfliktlösung sollen an aller "grossen Politik" vorbei das Selbstbewusstsein und das Verantwortungsgefühl für die kommunalen Belange stärken.

STINA erhielt sehr viele positive Rückmeldungen auf den Start der Arbeit. Viele lokale Organisationen, Parteien und Bürgerinitiativen, nahmen mit STINA Kontakt auf und baten darum, ihre Probleme einbringen zu können. Viele Fragen, die bisher nie das Licht der Medienöffentlichkeit erblickten, kamen auf den Tisch und wurden zum politischen Thema, dessen sich auch die offizielle Politik annehmen musste.

Problem- und verantwortungsbewusster Journalismus

In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden mehr als 250 analytische Beiträge über kommunale Probleme verfasst. Dabei kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit der Tageszeitung "Novi List", aber auch mit einigen lokalen Radio- und Fernsehstationen. Immer wieder wurde sowohl von Medienseite als auch von lokalen Organisationen die professionelle Qualität der STINA-Berichte gelobt. Die systematische Arbeit der jungen JournalistInnen hob sich positiv ab vom oberflächlichen Sensationsjournalismus der meisten Medien in Kroatien, in denen die Alltagsprobleme von 95 Prozent der BürgerInnen gar nicht existieren.

Der problem- und verantwortungsbewusste Umgang der STINA-Leute mit den kommunalen Themen setzte man-

che lokale Behörde unter Druck. Plötzlich lagen Probleme und Verantwortlichkeiten offen und Aussitzen war nicht länger möglich. Aber auch die Behördenvertreter lernten diesen Journalismus schätzen, konnten sie sich doch auf die Informationen verlassen und fanden so PartnerInnen in der lokalen Gemeinde, mit denen sich die Probleme auch wirklich angehen liessen.

Die nächsten Herausforderungen

In den nächsten Monaten stehen die Lokalwahlen im Mittelpunkt der Arbeit des STINA-Netzwerks. Anfang 2001 werden die kommunalen Behörden neu bestellt. STINA will mit seiner professionellen Berichterstattung das Selbstbewusstsein der BürgerInnen stärken, mit dem Wahlzettel lokale PolitikerInnen zur Verantwortung zu ziehen. Geplant sind dazu kleine Lokalzeitungen. In Omis, einer Kleinstadt nahe Split, könnte als Pilotprojekt schon bald die erste dieser Lokalzeitungen entstehen, denn hier wurde sehr deutlich der Missstand bemängelt, dass man in den grossen Zeitungen zwar viel über die Geschehnisse in Zagreb erfahren, aber kaum über die eigenen Probleme informiert werde.

Für Januar bis Juni 2000 musste STINA insgesamt rund 28'000 Franken für dieses Projekt aufwenden. Bei einer Unterstützung durch die Medienhilfe Ex-Jugoslawien von Fr. 10'000 und einer Eigenfinanzierung von Fr. 14'000 fehlen immer noch 4000 Franken für diese ersten sechs Monate. Die zweite Jahreshälfte wird mit weiteren 31'000 Franken zu Buche schlagen. Damit bleiben bis Ende Jahr Fr. 35'000 zu finanzieren. Da dank dem über Erwartungen positiven Echo der Medien die Eigenfinanzierung beträchtlich erhöht werden konnte, hofft STINA, die Fremdunterstützung auf rund 22'000 Franken reduzieren zu können.

Wir laden alle LeserInnen herzlich ein, mit einer Spende an die Medienhilfe Ex-Jugoslawien die Weiterführung dieses Projektes zu ermöglichen. Vermerk: STINA

Serbien kämpft um eine demokratische Zukunft

Repression und Widerstand vor den Wahlen

Am 24. September finden in der Bundesrepublik Jugoslawien Wahlen auf mehreren Ebenen statt, wobei de facto nur in Serbien selber gewählt wird. Unabhängige Medien setzen sich für Demokratie ein.

Laut Verfassung ist Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic gezwungen, dieses Jahr noch Wahlen durchzuführen. Auch wenn über Nacht eine Verfassungsänderung durchgepackt wurde und die Wahlgesetzte alles andere als demokratisch sind, so kommt das Regime doch nicht darum herum, diese Wahlen abzuhalten.

Die Stärke des Regimes

Die Macht der herrschenden Sozialistischen Partei SPS und ihrer Verbündeten, der Vereinigten Linken von Ehefrau Mirjana Markovic und der Radikalen Partei von Vojislav Seselj bröckelt. Alle Umfragen zeigen, dass die herrschenden Parteien nur noch mit einem Bruchteil der Stimmen rechnen können. Aber auch wenn das Regime nicht über die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit verfügt, so kontrolliert es doch alle wesentlichen Apparate des Staates, die grossen Medien und die zentralen Bereiche der Wirtschaft. Damit ist immer noch viel Platz gegeben für Manipulationen und Wahlfälschungen im Dienste des Regimes und der Machterhaltung.

Montenegro und Kosov@ sind draussen

Obwohl der Kosovo laut internationalem Recht immer noch zu Serbien gehört, werden diese Wahlen dort nicht stattfinden. UN-Verwalter Kouchner hat erklärt, demokratische Wahlen seien unter den jetzigen Voraussetzungen nicht möglich. So verständlich dies ist, so problematisch ist es auch. Denn damit überlässt man die Stimmen von rund 200'000 Serbinnen und Serben, aber auch anderer aus dem Kosov@ geflüchteter Nicht-AlbanerInnen der Manipulation des Regimes.

In Montenegro hat die Regierung von Milo Djukanovic inzwischen ein Gesetz erlassen, das den Medien eine

Berichterstattung über die Wahlen verbietet, um die Menschen vom Wählen abzuhalten. Damit will die Regierung auf den Verfassungsbruch hinweisen und den Wahlen die demokratische Legitimation entziehen. Gleichzeitig provoziert man so aber auch Konflikte zwischen den beiden etwa gleich starken Lagern in Montenegro: Während die einen die Wahlen als Ausdruck ihrer Zugehörigkeit zu Jugoslawien sehen, wollen die anderen sie als Plebiszit für die Unabhängigkeit verstanden wissen.

Zu gewinnen hat kaum jemand etwas bei dieser Zuspitzung. Im Gegenteil: Sehr schnell könnte aus dem lokalen Konflikt eine Konfrontation werden, die Milosevic den Vorwand für eine militärische Intervention und damit für die Absage der Wahlen liefert. Falls Milosevic die Wahlen wirklich zu verlieren droht respektive der Bedarf an Manipulation und Fälschung die Möglichkeiten des Systems übersteigt, kann er dies verhindern, indem er die Verfassung ausser Kraft setzt – und das ist nur möglich, wenn er den Ausnahmezustand ausruft. Inszenierte Zwischenfälle in Montenegro könnten ihm dazu den Vorwand bieten.

Gespaltene Opposition...

Nachdem die Serbische Erneuerungsbewegung SPO von Vuk Draskovic erst den Wahlboykott beschlossen hatte und damit in der Marginalisierung zu verschwinden drohte, machte man Kehrtum und beschloss die Teilnahme auf allen Ebenen (Präsidentschaft, Parlament der Bundesrepublik und der Provinz Vojvodina, Lokalwahlen in ganz Serbien). Statt sich aber der breiten Koalition der anderen Oppositionsparteien anzuschliessen, die gemeinsame Listen und mit Vojislav Kustunica einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten bestimmt hatte, entschied sich die SPO für den Alleingang und spaltet damit die Oppositionsfront gegen das Regime. Allerdings droht der SPO mit dieser Politik auch die Marginalisierung. Die Wahlen könnten die Partei von der politischen Bildfläche verschwinden lassen.

... aber vereinte Medien

Auf Ebene der Nichtregierungs-Organisationen und der unabhängigen Medien besteht viel mehr Einheit. Eine Vielzahl von NGOs hat sich zusammengefunden, um mehrere parallele, aber koordinierte Wahlkampagnen durchzuführen. Im Vordergrund steht dabei eine Kampagne, die jugendliche ErstwählerInnen an die Urnen bringen soll. Mit Rockkonzerten und Plakaten, mit Flugblättern und Strassenaktionen wird die Message verbreitet: Go out to vote! Vor allem OTPOR, die einst als Studentenorganisation entstandene Bürgerbewegung, ist in allen Städten und Dörfern aktiv und bezahlt dafür einen hohen Preis: Täglich werden AktivistInnen verhaftet, verhört und misshandelt.

Die unabhängigen Medien begleiten diese Kampagne der Opposition und der NGOs und beteiligen sich selber daran. Rund dreissig Projekte wurden vorgelegt, die von internationalen Organisationen unterstützt und finanziert werden. Von der Beschaffung von Papier für Zeitungen und Zeitschriften über Radiospots mit Wahlaufrufen bis zu Fernsehprogrammen und Rechtshilfe gegen Staatswillkür reicht das Spektrum. Speziell berücksichtigt werden die sprachlichen Minderheiten in der Vojvodina, aber auch die Roma.

Eine internationale Koordination von Nichtregierungs-Organisationen, zu denen die MEDIENHILFE EX-JUGOSLAWIEN gehört, begutachtet und begleitet diese Projekte. Projekteingaben werden gemeinsam geprüft und bei Annahme gemeinsam finanziert. Die Medienkoordination zwischen internationalen Organisationen und lokalen Medienpartnern leistet einen wichtigen Beitrag, damit die Wahlen so demokratisch wie möglich stattfinden können. Sie tragen damit – wie immer das Resultat am Schluss präsentiert wird – zur langfristigen Demokratisierung des Landes bei und stellen so eine Investition in die Zukunft dar.

Aktuelle Informationen über die staatliche Repression gegen Medienschaffende usw. auf unserer Homepage <http://www.medienhilfe.ch>

Lokalwahlen im Kosov@

Schwierige Gratwanderung

Im Kosov@ sollen am 28. Oktober Lokalwahlen stattfinden – trotz Boykott der serbischen Minderheit und anhaltender Gewalt zwischen den albanischen Kräften. Die zentrale Wahlkommission der internationalen Verwaltung hat am 17. Juni zwei Resolutionen (2000/36+37) verabschiedet, um das Verhalten der Medien im Wahlkampf zu regeln.

Um die Sitze in den 30 Gemeinden bewerben sich 20 Parteien, 2 Koalitionen, 3 Bürgerinitiativen und 15 unabhängige Kandidaten. Die Medien im Kosov@ sind angehalten, Kandidaten aller politischen Richtungen gleichen Zugang zu gewähren und über politische Streitfragen ausgewogen zu berichten. Bezahlte Wahlwerbung im Fernsehen wurde verboten. In den Zeitungen müssen Geldgeber klar deklariert sein. Eine speziell eingerichtete Unterkommission (Election Campaign and Appeals Sub-Commission) wacht über die Einhaltung dieser Regeln. Ein Medienbeauftragter – Temporary Media

Commissioner TMC – kann bei Verstößen Sanktionen verhängen. Fühlen sich JournalistInnen/Medien ungerechtfertigt gemassregelt, können sie sich bei einer Appell-Instanz über die Medienkommission beschweren.

Diese Regelungen müssen vor dem Hintergrund wachsenden Unmuts der Medienschaffenden im Kosov@ gesehen werden. Alarmiert durch die zunehmende Tendenz zu einem "wehrhaften Journalismus" (vigilant journalism) hat die Übergangsverwaltung dringliche Pressegesetze erlassen, um Übergriffe auf die serbische Minderheit zu verhindern. Immer wieder sind in den letzten Monaten in einigen Zeitungen ansässige Serben mit Namen, Foto und genauer Adresse praktisch als Freiwild ausgeschrieben worden.

Haqif Mulliqi, Präsident der Journalisten-Vereinigung von Kosov@, verurteilte die neuen Regelungen. Er beanstandete, dass die albanischsprachigen Medien von der internationalen Gemeinschaft wie früher unter serbischer Herrschaft in ihrer Freiheit einge-

schränkt würden. Gleichzeitig unternehme man nichts gegen die aus Serbien eingeschmuggelten Hetzschriften. *Douglas Davidson*, TMC der OSZE, zeigt sich von den albanischen Protesten ungerührt. Seine Aufgabe sei es, dafür zu sorgen, dass Medienberichte weder die Sicherheit noch das Leben von Personen gefährdeten oder ethnischen Hass schürten.

Aber auch von Seite internationaler Medienorganisationen erwuchs dem OSZE-Erlass Widerstand: Der *Internationale Verband der JournalistInnen IFJ*, das *World Press Freedom Committee* und *Article 19* protestierten mit äusserst scharfen Worten gegen die "fast diktatorische" und willkürliche Regulierung.

Der Grat zwischen Garantie der Pressefreiheit und Schutz vor Medienhetze wird im bevorstehenden Wahlkampf noch viel schmalere werden. Eine schwierige Wanderung für den TMC...

Vanda Mathis

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Medienhilfe Ex-Jugoslawien
Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01/272 46 37
Fax 01/272 46 82
info@medienhilfe.ch
Verantwortlich: Roland Brunner
Das Medienhilfe-Info erscheint 4mal jährlich. Es geht an die Mitglieder des Vereins Medienhilfe.
Druck: ropress, Zürich

Achtung Kontakt! Medien

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Serbien, Kosov@ und Bosnien-Herzegowina will die Medienhilfe Ex-Jugoslawien direkte Kontakte zwischen unabhängigen und professionellen Lokalradios und Fernsehsendern in der Region und in der Schweiz vermitteln. Damit soll der Zugang zu Informationen und Berichten aus erster Hand erleichtert und das Interesse des Schweizer Publikums am Geschehen auf dem Balkan wach gehalten werden. Interessierte Stationen, RedaktorInnen und JournalistInnen wenden sich an Medienhilfe Ex-Jugoslawien, Postfach, 8031 Zürich. info@medienhilfe.ch

AZB 8031 Zürich

Addressänderungen an:
Medienhilfe Ex-Jugoslawien, Postfach, 8031 Zürich



Medienhilfe Ex-Jugoslawien

**Ihr Beitrag zu Frieden und Demokratie:
Ihre Unterstützung für unsere Arbeit**

**Solidarisch und professionell
gegen Nationalismus und Chauvinismus**

Tel (+41) 01/272 46 37, Fax (+41) 01/272 46 82, PC 80-32253-9
info@medienhilfe.ch, <http://www.medienhilfe.ch>

Ihre Spenden auf PC 80-32253-9